

MODERNE/PROGRESSIVE ANGEBOTSPOLITIK FÜR EINE ERFOLGREICHE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION.

Eingereicht von: Prof. Tom Krebs, Uni Mannheim

Hintergrund

Deutschland und Europa stehen vor großen Herausforderungen. Kurzfristig wird die Energiekrise die Wirtschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit in eine (schwere) Rezession werfen. In Kombination mit den hohen Inflationsraten droht diese wirtschaftliche Entwicklung die Gesellschaft zu spalten. Es ist Aufgabe der Bundesregierung, mit entsprechenden Entlastungspaketen die Wirtschaft zu stabilisieren und den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu gewährleisten. Mittelfristig bedroht die Klimakrise die kollektive Zukunft der Menschheit. Um ein worst case-Szenario zu vermeiden, muss Europa beherzt vorangehen und Klimaneutralität bis spätestens 2045 erreichen. Das bedeutet für die deutsche Wirtschaft eine ökologische Transformation, die in ihrer Größenordnung mit der ersten industriellen Revolution vergleichbar ist. Die notwendige ökologische Transformation wird jedoch nur erfolgreich sein, wenn sie auch die soziale Gerechtigkeit stärkt.

Moderne/progressive Angebotspolitik

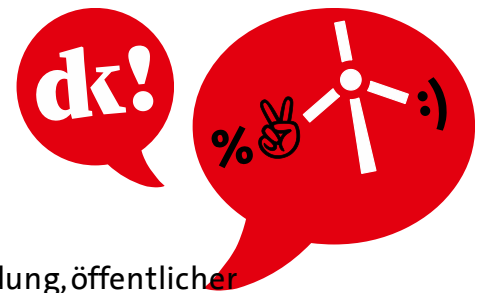
Eine erfolgreiche sozial-ökologische Transformation erfordert eine neue Wirtschaftspolitik, die drei Anforderungen erfüllen muss.

Erstens sollte sie allen Menschen eine faire Chance geben, ihre Talente zu entwickeln und am Transformationsprozess teilzuhaben. Zweitens muss am Ende der Transformation nicht nur eine ökologisch nachhaltige, sondern auch eine sozial gerechte Gesellschaft stehen. Drittens sollte die neue Wirtschaftspolitik gutbezahlte Jobs schaffen, wirtschaftliches Wachstum stärken und die Inflation senken.

Moderne/progressive Angebotspolitik ist eine solche Wirtschaftspolitik. Sie steigert das Arbeitsangebot, schafft mehr gute Arbeit in einer grünen Wirtschaft und erreicht so den Dreiklang: erfolgreicher Klimaschutz, wirtschaftlicher Wohlstand und soziale Gerechtigkeit.

Eine moderne/progressive Angebotspolitik hat mindestens zwei Säulen:

- Öffentlichen Infrastrukturinvestitionen sowie gezielte Förderung privater Investitionen zur Unterstützung der Menschen und Unternehmen im Transformationsprozess (Green New Deal).
- Staatliche Regulierungen und Ausgaben/Investitionen, welche die Voraussetzungen für eine Gute-Arbeit-Wirtschaft und gerechte Gesellschaft



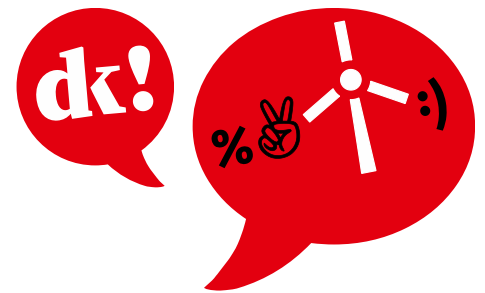
schaffen (Gewerkschaften, Mindestlohn, öffentliche Bildung, öffentlicher Wohnungsbau).

Debattencamp/Workshop

In Bezug auf das vorliegende Impulspapier können/sollten die folgenden Fragen während des Debattencamps näher erörtert werden.

- Frage 1: Welches Narrativ soll der neuen/progressiven Angebotspolitik zugrunde liegen? Hier bietet sich an, die moderne/progressive Angebotspolitik mit der Erzählung des „Respekts in der Gesellschaft“ in Verbindung zu bringen. Eine moderne/progressive Angebotspolitik schafft eine gerechte Gesellschaft und ist daher Voraussetzung für eine Gesellschaft, in der alle Menschen sich mit dem entsprechenden Respekt begegnen.
- Frage 2: Wie wird die neue/progressive Angebotspolitik theoretisch/ökonomisch begründet? Die neue/progressive Angebotspolitik ist ein neues Paradigma, das mit dem alten (neoliberalen) Paradigma zu vergleichen ist. Das alte, neoliberale Paradigma setzt auf einen minimalen/passiven Staat im Transformationsprozess: CO₂-Preis, Transferzahlungen für die „Verlierer“ und den Rest regelt der Markt. Wenn noch Ordnungspolitik zur Verhinderung von Monopolen hinzugefügt wird, dann ergibt sich grüner Ordoliberalismus. Das neue Paradigma setzt auf einen aktiven Staat, der mutig voranschreitet und so eine wichtige Rolle im Transformationsprozess spielt. Aus ökonomischer Sicht greift das neoliberale Paradigma zu kurz, weil die zugrundeliegende Theorie zwei wesentliche Aspekte der Realität vernachlässigt: Komplexität (Anpassungskosten und Unsicherheit) und Macht (Verhandlungsmacht im Arbeitsmarkt). Dies sind zwei strukturelle Gründe für Marktversagen, die einen modernen Staat mit einer modernen/progressiven Angebotspolitik erfordern.
- Frage 3: Wie kann eine neue/progressive Angebotspolitik umgesetzt werden? Sicherlich müssen zuerst die politischen Voraussetzungen für eine neue/progressive Angebotspolitik geschaffen werden: Die SPD muss diese Wirtschaftspolitik als zentralen Punkt vertreten und damit Wahlen gewinnen (was implizit in 2021 geschehen ist). Doch das reicht nicht. Es braucht auch eine erfolgreiche Umsetzung in der politischen Praxis, die häufig an dem Widerstand der Arbeitsebene in den Ministerien und der fehlenden Koordination/Abstimmung zwischen den Ministerien scheitert. Die Frage der institutionellen Rahmenbedingungen, die für eine erfolgreiche Umsetzung einer neuen/modernen Angebotspolitik notwendig sind, kann/soll im Workshop erörtert werden.

Mögliche Workshop-Teilnehmer (falls geplant zum Thema): Manuela Barisic, Sebastian Dullien, Anke Hassel, Achim Truger, Isabella Weber und Enzo Weber.



Moderne/Progressive Angebotspolitik im Detail

Säule 1: Dauerhafte Ausweitung der öffentlichen Investitionen sowie gezielte Förderung privater Investitionen zur Unterstützung im Transformationsprozess (Green New Deal).

Öffentliche Investitionen „in die Menschen“: Hierzu gehören die Qualifizierung durch Aus- und Weiterbildung, Ausbau der Ganztagsbetreuung, Verbesserung der Arbeitsvermittlung und Regionalpolitik für strukturschwache Regionen. Diese Maßnahmen erweitern Erwerbspotenziale und steigern die Arbeitsproduktivität.

Öffentliche Investitionen in die Infrastruktur: Hierzu gehören der Ausbau der Infrastruktur für erneuerbare Energien (Übertragungsnetz für Strom, Leitungsnetz für Wasserstoff), Schienenverkehr und Individualverkehr (Radwege, Ladestellen für E-Autos). Diese Maßnahmen erhöhen die gesamtwirtschaftliche Produktivität und Rentabilität der privaten, grünen Investitionen. Förderung privater Investitionen: Beispiele sind die Förderungen des Ausbaus der erneuerbaren Energien (Wind, Solar) über EEG-Umlage, die grüne Wasserstoffstrategie der Bundesregierung und die KfW-Programme zur energetischen Sanierung von Wohnungen.

Säule 2: Staatliche Regulierungen und Ausgaben/Investitionen, welche die Voraussetzungen für eine Gute-Arbeit-Wirtschaft und gerechte Gesellschaft schaffen. Gewerkschaften: Aus ökonomischer Sicht stärken Gewerkschaften die Verhandlungsmacht der Beschäftigten/Erwerbspersonen und gewährleisten so eine effiziente Aufteilung des Mehrwertes bestehender Beschäftigungsverhältnisse zwischen Arbeit und Kapital. Ohne Gewerkschaften (Mitbestimmung) würde die gesamte Verhandlungsmacht bei den Arbeitgebern (Kapitalseite) liegen und der Lohn wäre ineffizient niedrig – zu viele schlechtbezahlte Jobs mit niedriger Produktivität. Vernünftige Gewerkschaften gewährleisten im Rahmen der Sozialpartnerschaft eine faire Verteilung des Mehrwerts der Arbeit und den effizienten Einsatz des Produktionsfaktors Arbeit.

Mindestlohn: Der Mindestlohn verbessert – wie auch die Gewerkschaften – die Aufteilung des Mehrwerts zwischen Arbeitnehmerseite und Arbeitgeberseite. Er ist hauptsächlich in den Bereichen des Arbeitsmarkts notwendig, in denen keine Tarifbindung besteht – circa die Hälfte aller Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland.

Öffentliche Bildungsinvestitionen: Gute Kitas und Schulen für alle Kinder sind nicht nur wichtig für die Chancengleichheit, sondern stärken auch langfristige Wachstumspotenziale und sind daher Bestandteil einer modernen Angebotspolitik. Anders gesagt: Sie schaffen inklusives Wachstum. Die Qualität der frühkindlichen Bildung ist ein besonders wichtiger Bestimmungsfaktor für soziale Gerechtigkeit und langfristiges Wachstum. Deshalb sollte der schnelle Ausbau eines qualitativ



hochwertigen Ganztagsunterrichts an den Grundschulen höchste politische Priorität haben.

Öffentliche Investitionen in den Wohnungsbau: Diese Maßnahme schafft mehr bezahlbaren Wohnraum und die Grundlage für sozial gemischte Wohnquartiere. Sie ist – genauso wie öffentliche Bildungsinvestitionen – eine Voraussetzung für Chancengleichheit und langfristiges Wachstums (inklusives Wachstum).

Anmerkung: Die Finanzministerin der USA, Jannet Yellen, verwendet den Begriff „modern supply-side economics“ in ihrer Davos-Rede zur Beschreibung des Wirtschaftsprogramms „build back better“ von US-Präsident Joe Biden (Yellen, 2022). Der Financial Times Kolumnist Martin Sandbu bezeichnet diese Wirtschaftspolitik als „progressive supply-side economics“ und sieht eine enge Verbindung zur Wirtschaftspolitik der Ampelregierung (Sandbu, 2021).

Sandbu, M. (2021) „Germany’s new government offers more than meets the eye,” Kolumne in der Financial Times vom 2. Dezember 2021. Yellen, J. (2022) “Remarks by Secretary of the Treasury Janet L. Yellen at the 2022 'Virtual Davos Agenda' Hosted by the World Economic Forum,” <https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy0565>